Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 13, Ecke Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 201. **Halle, Freitag, den 30. April 1920.** **Einzelpreis 20 Pfg.**

Ein fabelhaftes Geldangebot.

WTB. Berlin, 29. April. Nach einem Telegramm der Pressewarte des Auswärtigen Amtes ist ein Syndikat amerikanischer Bankiers bereit, Deutschland die ganze Summe seiner Kriegsschuld zu leihen, sobald die Alliierten den endgültigen Betrag festgesetzt haben.

Man ist versucht, die Sache für amerikanischen Humbug zu halten, obwohl im Land der Dollarkönige alles möglich ist; aber das Auswärtige Amt ist der Urheber dieser Nachricht, und das darf Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich.

Prinzip der freien Aussprache.

Berlin, 29. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen über eine baldige Räumung des Mainganes lindet die „Deutsche Allgemeine Zeitung" durch folgende offiziöse Auslassungen an, die sie heute abend an der Spitze ihres Blattes bringt: Die Reichsregierung hat in Paris angeregt, anläßlich der demnächstigen Besprechungen über Ein- und Ausfuhrverbote eine allgemeine Aussprache über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen hervorragenden beiderseitigen Sachverständigen abzuhalten. Der französische Ministerpräsident ist bereitwillig auf diesen Vorschlag eingegangen, indem er betonte, daß auch er auf die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern großen Wert lege. Der Zeitpunkt der Besprechungen wird demnächst festgelegt und ebenso sollen die Sachverständigen bald bestimmt werden, die Deutschland vertreten sollen. Damit ist ein alter Vorschlag der deutschen Regierung in die Tat umgesetzt und das Prinzip der freien Aussprache verwirklicht. Es ist zu hoffen, daß die Besetzung des Mainganes alsbald gemacht sein wird, ehe sich die beiderseitigen Führer des Wirtschaftslebens an einen Tisch setzen.

Vom internationalen Wirtschaftskongreß.

Frankfurt a. M., 29. April. Im Auftrage des Reichswirtschaftsministers Schmidt nimmt Unterstaatssekretär Professor Hirsch an dem internationalen Wirtschaftskongreß teil, der während der Frankfurter Internationalen Messe hier tagt.

Neue französische Drangsalierungen im Mainzau.

WTB. Berlin, 29. April. Wie die Abendblätter melden, haben die Franzosen im Mainzau an sämtliche Eisenbahnämter und Dienststellen des Direktionsbezirks Frankfurt am Main einen Befehl erlassen, in welchem es heißt: „Sämtliche Telegraphen und Telephone sind von dem Augenblick an, wo der Befehl angeschlagen ist, requiriert. Sämtliches Personal ist infolgedessen den militärischen Vorschriften der alliierten Heere unterworfen. Das Personal muß fortfahren, seinen Dienst zu versehen, und alle Vorschriften, welche von den alliierten Organen gegeben werden, ausführen." Zu dem Befehl wird bekanntgegeben, daß vorausichtlich die Städte Hanau, Hilbel und Homburg die neue Grenze bilden werden. Fernsprecher und Telegraphen dürfen nur dienstlich benutzt werden.

Zur Regierungsneubildung in Sachsen.

WTB. Dresden, 29. April. (Drahtnachricht.) Im Verlauf des Donnerstag haben, wie MSL. meldet, Sitzungen der sozialdemokratischen und der deutschdemokratischen Fraktionen der Volkskammer im Ständehaus stattgefunden, die sich mit der Neubildung der Regierung beschäftigten. Die sozialdemokratischen Fraktionen haben in Uebereinstimmung mit der Landeskonferenz in Meißen den Stadtrat Buck, früheren Kultusminister, zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. In der nachfolgenden gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionen, in der auch die politische Lage eingehend besprochen wurde, beschloß man, im Interesse des Landes an der bisherigen Koalition unter voller Wahrung der programmatischen Selbständigkeit jeder Fraktionen festzuhalten und der Kandidatur Buck als Ministerpräsidenten zuzustimmen. Ueber die von ihm einzuschlagende Politik, über deren Grundlagen Uebereinstimmung erzielt wurde, wird sich Herr Buck nach vollzogener Wahl in der Volkskammer aussprechen.

Ein Waffendepot auf Rügen ausgehoben worden.

Berlin, 29. April. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Vorwärts" meldet: Auf Rügen ist gestern ein beträchtliches Waffendepot ausgehoben worden. Es konnten ca. 1000 Karabiner, 120 Maschinengewehre, eine Anzahl von Armeepistolen und anderes Material beschlagnahmt werden. Der Führer des dortigen Landschutzes, der die Materialien verstecken wollte, wurde verhaftet. Der Landschutz ist aufgelöst worden.

Minister Braun über die Ansiedlungsmöglichkeit der Baltikumtruppen.

WTB. Berlin, 29. April. (Drahtnachricht.) Der preußische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Braun hat sich einem Mitarbeiter des „B. T." gegenüber geäußert, daß nach ihm zugegangenen Nachrichten sich unter den im Münsterlager versammelten Baltikum- und Eisernhandtruppen zahlreiche Männer befinden, die, des Landknechtslebens überdrüssig, Sehnsucht nach friedlicher wirtschaftlicher Betätigung auf eigener Scholle haben. Die in ihnen früher geweckte Hoffnung auf Ansiedlung wurde bitter enttäuscht. Er habe daher den Gedanken aufgenommen, diese Männer der Kulturarbeit auf staatlichen Mooren und den entbehrlich gewordenen Truppenübungsplätzen zuzuführen. Sie hätten dann Aussicht, auf den von ihnen kultivierten Flächen und auf den immer noch in der Hand der Remonteverwaltung befindlichen preußischen Staatsdomänen sich anzusiedeln. Vorbedingung ist, daß die Reichsregierung die noch bestehenden Domänen und Gestüte, sowie die Truppenübungsplätze und Domänen herausgibt und das Unternehmen finanziell unterstützt. Preußische fiskalische Moore und Oedländereien stehen zur Verfügung. Das ganze Unternehmen darf seinen militärischen Charakter haben. Auch die Leitung von Offizieren müßte ausgeschaltet werden. Die Leute müßten unter Männer gestellt werden, die in Moor- und Oedkultur, sowie im Siedlungswesen Erfahrung besitzen. Die Männer, die zu dieser Kulturarbeit bereit sind, müßten aus ihren militärischen Verbänden vollständig ausscheiden, der regierungsfeindlichen verwerflichen Agitation der um ihre Offiziersexistenz besorgten Offiziere entrückt und mit dem ehrlichen Streben erfüllt sein, sich durch friedliche, zähe Arbeit eine dauerhafte wirtschaftliche Zukunftsexistenz als freie Männer auf eigener Scholle zu zimmern.

Schutzverband gegen Putsche.

Essen (Ruhr), 29. April. Unter dem Eindruck der Ereignisse in der Karwoche und den Ostertagen sind Beauftragte fast aller Kreise der Bevölkerung zusammengetreten und haben einen wirtschaftlichen Schutzverband verfassungstreuer Staatsangehöriger zum Schutze gegen jeden Versuch des Verfassungsbruches und gewalttätiger Störung des öffentlichen, besonders des wirtschaftlichen Lebens in Essen gebildet. Sollte die Verfassung ernsthaft in Gefahr geraten, so wird der Verband beim Uebergreifen der Vorgänge auf das Ruhrkohlengebiet sofort zur Arbeitsniederlegung auffordern.

Ein Unabhängiger gegen die Rätediktatur.

In der nächsten Nummer der „Weltbühne" findet der unabhängige Heinrich Ströbel, der im ersten preußischen Revolutionsministerium Stellvertreter des Ministerpräsidentenwa r, scharfe Worte gegen die Illusionisten der Diktatur des Proletariats. Er schreibt:

„Der Reichswirtschaftsminister Rob. Schmidt hat unlängst mit statistischem Tatsachenmaterial nachzuweisen versucht, daß die Erfolge der bolschewistischen Gewaltmethode in Rußland die deutsche Arbeiterschaft unmöglich zur Nachahmung reizen könnten. Und die Ziffern und Behauptungen Rob. Schmidts sind leider nicht anzufechten. Es sind ja bolschewistische Stimmen, die von dem furchtbaren Hunger der russischen Stadtbevölkerung zeugen; und die wirtschaftlichen Angaben, die den totalen Zusammenbruch der russischen Industrie erweisen, sind der Produktionsstatistik der Sowjet-Regierung selbst entnommen. Sicherlich: daß es in Rußland so gekommen, lag zum guten Teil an der Lostrennung der Randstaaten, der Abschneidung von den Rohstoffquellen, an der Blockade und dem Bürgerkrieg. Aber es l ag auch zum nicht geringen Teil an dem politischen und sozialen System der Räte-Regierung. Das Räte-System und die sofortige „Sozialisierung" lösten Rußland in zahllose Einzelrepubliken auf, wo jeder Distrikt, jeder Ort, jede Fabrik nach ihrer eigenen Fasson drauflos wirtschaftete. Was damals zugrunde gerichtet wurde, hat durch alle späteren Gegenmaßnahmen, durch die größtmögliche Zentralisierung der Produktion, durch die Einführung der Diktatur der Betriebsleiter und die Unterwerfung der Arbeiter unter die schärfste Arbeitsdisziplin nicht wieder gut gemacht werden können. Daß Petersburg, das bei Ausbruch der Revolution 2700000 Einwohner zählte, jetzt nur noch von höchstens 500000 Menschen bewohnt wird, ist mit eine Folge der inneren Mängel des Sowjet-Systems. Und wenn heute an der mittleren Wolga gewaltige Getreidemengen lagern, die wegen des Mangels an Transportmitteln nicht nach den hungernden Großstädten geschafft werden können, so liegt das dadaru, daß in dem Stadium der Anarchie die gewaltige Wolga-Flotte durch die Ausraubung ihrer wertvollen Maschinenteile völlig gebrauchsunfähig gemacht worden ist. Die politische und wirtschaftliche Anarchie, die mit der Räte-Diktatur über das Land hereinbrach, konnte gar nicht anders als mit dem Wirtschaftszusammenbruch enden. Nachträglich haben das auch die Bolschewisten eingesehen. So Radek, der in seiner Broschüre: „Die Entwicklung der Weltrevolution" die westeuropäischen Kommunisten davor warnt, „die kommunistischen Losungen als Evangelium aufzufassen". Sie dürften nicht vergessen, „daß die Diktatur des Proletariats, dasb eißt: die Leitungg roßer Reiche, nicht nur die Frage der Gewalt, sondern auch der Organisation der Produktion, der Verwaltung ist, die bisher sich in den Händen des geistigen Proletariats als seine besondere soziale Funktion befunden, und daß das von der Leitung des Staates bisher ausgeschlossene Proletariat nicht über Nacht die Fähigkeit zur Uebernahme all dieser Funktionen . . . entwickeln kann."

Die proletarische Diktatur im Sinne des Gewaltregiments einer Volksminderheit ist deshalb für Deutschland ein Unding. Gerade weil die Sozialisierung ein Problem der Organisation ist, kann nur der freie Entschluß und der bewußte Wille der Volksmehrheit die enormen Schwierigkeiten der sozialen Umgestaltung bewältigen, ohne das Wirtschaftsleben in ein Chaos zu verwandeln, wie es in Rußland herrscht, wo neben dem Hunger die Seuchen: Typhus, Flecktyphus, Cholera und hier und da schon die Pest die Bevölkerung dezimieren."

Das Tumultschadengesetz.

Von C. Delius, M. d. R.

Kurz vor Toresschluß hat die Nationalversammlung noch das seit etwa ¾ Jahren vorliegende Tumultschadengesetz zu verabschieden. Schon wurden Zweifel laut, ob es hierzu überhaupt noch kommen würde. In Regierungskreisen mußte der größte Wert auf die Verabschiedung gelegt werden, weil neue Unruhen die Leistungen des Staates vermehrten, während man in Interessentenkreisen durch die Annahme des Gesetzes eine gewisse Schädigung erblickte, soweit wenigstens die bisherige Gesetzgebung die Erstattung des vollen Schadens vorsah.

Daß eine einheitliche Regelung für die Zukunft nötig ist, wird wohl von keiner Seite bestritten werden. Es fragt sich nur, ob mit dem neuen Gesetz eine befriedigende Lösung gefunden wurde. Bei der ersten Lesung des Gesetzes stellte sich die Nationalversammlung beinahe einmütig auf den Standpunkt, daß der Staat für die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden restlos aufzukommen habe. Die Ansicht der Regierung, nur im Bedürftigkeitsfalle die Schäden zu ersetzen, fand scharfen Widerspruch. Mit Recht wurde erklärt, daß damit gewissermaßen ein Freibrief zur Heimsuchung wohlhabender Leute ausgestellt würde. In den Ausschußberatungen wandelte sich die Stimmung sonderbarer Weise. Sozialdemokraten, Zentrum und Volkspartei ließen den Grundsatz der vollen Entschädigung fallen und waren geneigt, das Gesetz in der Weise zu verabschieden, daß nur, wenn das Fortkommen des Geschädigten gefährdet würde, Ersatz zu leisten sei. Gegen diese Bestrebungen haben wir Demokraten einen zähen Kampf geführt. Wenn wir auch nicht hindern konnten, daß die erste Lesung im Ausschuß eine Mehrheit unter Zustimmung der Regierung ergab, so haben wir dann durch Einwirkungen bei der Regierung versucht, weiteres Entgegenkommen zu finden. Minister Koch wollte schließlich bis 50 Prozent entschädigen. Die Mehrheit widersprach dem. Wir gingen von dem Standpunkte nicht ab, daß volle Entschädigung zu zahlen sei und daß wohlerwogene Rechtsansprüche nicht kurzer Hand beseitigt werden könnten. Wohl war uns klar, daß bei den miserabelen Finanzen die Belastungen stark ins Gewicht fallen würden, aber wenn der Staat das Eigentum seiner Bürger, was nach der Reichsverfassung unverletzlich ist, nicht schützen konnte, hat auch die Gesamtheit der Bevölkerung den Schaden zu tragen. Das mußte mindestens solange Rechtens bleiben, als nicht neue Bestimmungen für die Zukunft bestanden, die dem Bürger ermöglichten, sich unter Umständen auch gegen die unvorhergesehenen Ereignisse schützen zu können. Wir dürfen es als unser Verdienst betrachten, daß die geschädigten Volksgenossen ihren vollen Schaden erhalten, soweit ihre Ansprüche vor dem Inkrafttreten des Gesetzes herzuleiten sind. Soweit künftige Fälle in Frage kommen, wird man wohl oder übel in Anbetracht der finanziellen Konsequenzen sich mit der Neuregelung abfinden müssen, obgleich es uns Demokraten gegen den Strich geht, einer solchen Regelung zuzustimmen, taten wir es schließlich doch, um die Ansprüche der bis jetzt geschädigten Bürger nicht zu gefährden. Bei objektiver Würdigung wird man hiergegen Bedenken kaum erheben können. Jedenfalls bin ich persönlich befriedigt, daß es unter meiner Mithilfe im Ausschuß gelungen ist, auch unsere schwer heimgesuchten halleschen Geschäftsleute nach gerechten Gesichtspunkten zu entschädigen. Das neue Gesetz hat deshalb einen Paragraph 18c erhalten, indem es ausdrücklich heißt, daß für die seit dem November 1918 im Zusammenhang mit inneren Unruhen verursachten Schäden die bisherigen Gesetze maßgebend bleiben, doch kann der Ersatz mittelbaren Schadens und entgangenen Gewinns sowie der Ersatz für Gegenstände, die dem Luxusbedürfnis des Eigentümers oder Besitzers dienen, nicht beansprucht werden. Die Mittel hierzu werden zu 1/12 vom Reiche, zu 1/12 vom Lande bereitgestellt.

Für die neue Regelung gilt das beschlossene Gesetz, was nur dann eine Entschädigung vorsieht, wenn das Fortkommen des Betroffenen unbillig erschwert würde. Seine gesamten Vermögens- und Erwerbsverhältnisse sind dabei zu berücksichtigen. Bei Schäden an Leib und Leben wird das Militärversorgungsgesetz zur Anwendung gebracht. Es finden die Sätze für Gemeine Anwendung. Ueber den Ersatzanspruch, sowie über die Festsetzung der Rente entscheidet ein Ausschuß. Gegen die Entscheidungen des Ausschusses findet binnen einem Monat nach der Zustellung die Beschwerde an das Reichswirtschaftsministerium statt. Genaue Bestimmungen sind über die Zusammensetzung der Ausschüsse getroffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200430018/fragment/page=0001

Hinsichtlich der Aufbringung der Kosten haben wir uns im Ausschuß immer auf den Standpunkt gestellt, daß allein das Reich in Frage kommen könne, allenfalls noch der Staat, keinesfalls aber die Gemeinde. Sie konnte zur Abwendung der Gefahren nichts tun. Viele Gemeinden würden völlig zugrunde gerichtet werden, wenn sie allein den Schaden ersetzen sollten. Deshalb ist auch der Paragraph 13d vorgesehen, welcher den Gemeinden, die die Lasten nicht tragen können, Entlastung durch das Reich in Aussicht stellt.

Wie hoch die Verbindlichkeiten für die verursachten Schäden sein werden, läßt sich schwer sagen. die Schätzungen sind außerordentlich verschieden. Sie schwanken zwischen 2—10 Milliarden. Jedenfalls hat das Reich zunächst 1 Milliarde bereitgestellt. Wünschen wir, daß dieser Betrag ausreicht. Es steht zu hoffen, daß die Anwendung dieses Gesetzes in Zukunft nur im geringen Maße nötig wird. Wenn erst wieder unsere Bevölkerung das Sinnlose dieses Tuns eingesehen hat und mehr als jetzt die Achtung vor dem Eigentum der Mitmenschen Anerkennung gefunden hat, wird das Gesetz nicht mehr zur Anwendung gebracht zu werden brauchen.

Zu der Frage der Schiffsabgabe.

WTB. **Berlin**, 29. April. Die Reparationskommission hat auf die am 14. April an sie gerichtete Note der deutschen Regierung folgende Antwort erteilt:

„Wir haben die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom 14. April zu bestätigen, in welchem Sie mitteilen, daß die deutsche Regierung einen weiteren Antrag bei der Reparationskommission dahin zu stellen beabsichtigt, daß das Verfügungsrecht über eine gewisse Anzahl von Schiffen, die auch den Wiedergutmachungsbestimmungen des Friedensvertrages abzuliefern sind, Deutschland belassen bleibt. Zugleich wird weiteres Material zur Begründung der Forderung in Aussicht gestellt. Wir haben die Ehre, Ihnen in Erinnerung zu bringen, daß nach Beratung des bereits vorher übermittelten Memorandums die Reparationskommission die Vertreter der deutschen Regierung am 26. März in der Angelegenheit gehört hat, wobei diesen Gelegenheit gegeben worden ist, das in dem Memorandum enthaltene Material zu ergänzen. Die formelle Entscheidung der Kommission ist der deutschen Delegation am 30. März mitgeteilt worden. Wir müssen betonen, daß, obwohl jetzt über drei Monate seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages verflossen sind, noch nicht ein Fahrzeug während dieser Zeit von der deutschen Regierung abgeliefert worden ist, und Ihnen mitteilen, daß es der Reparationskommission nicht möglich ist, irgendwelche weiteren Anträge in Erwägung zu ziehen, bis eine zufriedenstellende Menge Tonnage tatsächlich abgeliefert worden ist. Wir müssen ebenso daran erinnern, daß, wie in dem Schreiben der Kommission vom 30. Januar bereits erwähnt ist, von dem Zeitpunkt ab, wo die Schiffe nach dem Friedensvertrag hätten abgeliefert sein müssen, bis zu dem Tage der tatsächlichen Abgabe durch die deutsche Regierung Miete zu zahlen sein wird."

Hierauf hat die deutsche Regierung erwidert:

„Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der Note vom 21. April zu bestätigen. Sie legt Wert darauf, noch einmal darauf hinzuweisen, daß deutscherseits sofort alle Vorbereitungen mit größtem Nachdruck getroffen worden sind, um die Ablieferung der Schiffe entsprechend den in London übernommenen Verpflichtungen zu bewirken, daß aber die Ueberführung der abzuliefernden Schiffe nach dem Firth of Forth auf die allergrößten Schwierigkeiten stößt. Die deutsche Schiffahrtsdelegation hat bereits in London dem Maritim Service gegenüber betont, daß ihr die Erfüllung der Verpflichtungen, welche sie übernehmen mußte, praktisch nahezu undurchführbar erscheint, da die Frage der Bebunkerung und Bemannung der Schiffe schwer lösbar sei. Auch der deutsche Ablieferungskommissar in Hamburg mußte den alliierten Vertreter, der mit der Uebernahme der Schiffe betraut ist, auf die Schwierigkeiten täglich hinweisen. Es ist gleichwohl gelungen, den Dampfer „Bielefeld" vor 2 Tagen nach dem Firth of Forth abgehen zu lassen. Außerdem wird eine größere Anzahl Schiffe seefertig gemacht. Die deutsche Regierung hofft, deren Ueberführung in den nächsten Tagen bewirken zu können. Die Reparationskommission wird hieraus entnehmen, daß es deutscherseits nicht am guten Willen fehlt, den Verpflichtungen des Friedensvertrages nachzukommen, daß aber das deutsche Volk mit Bestimmtheit erwartet, nicht durch die Wegnahme des letzten Schiffes seitens der Reparationskommission wirtschaftlich völlig zerrüttet zu werden.

Die deutsche Regierung wird sich beehren, das in der Note vom 14. April in Aussicht gestellte weitere Material zur Begründung des Ersuchens um Belassung von Schiffsraum in den nächsten Tagen der Reparationskommission zuzuleiten."

Wie wir hören, ist eine weitere Denkschrift bereits fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen der Reparationskommission zugestellt werden.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. **Berlin**, 29. April. 175. Sitzung. Donnerstag vormittags 10 Uhr. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 10 Uhr 20 Min. Nach Erledigung von Petitionen und des mündlichen Berichts des Ausschusses betreffend Wohnungs-, Siedelungs- und Heimstättenfragen wird in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel

eingetreten.

Abg. Dr. **Runkel** (D. Vpt.): Wir können dem Gesetz zustimmen nach den Veränderungen, die es im Ausschuß erfahren hat.

Abg. **Kraut** (Dn.): Die den Behörden eingeräumten Vollmachten im Zusammenhang mit der Wohnungsnot gehen uns zu weit.

Abg **Sollmann** (Soz.): Das Gesetz entspricht dem Geist der Verfassung.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs eines Reichsheimstättengesetzes.

Abg. **Sollmann** (Soz.): Der Gesetzentwurf wird den Erwartungen des Volkes nicht gerecht.

Abg. **Hagemann** (Ztr.): Der Gesetzentwurf macht einen Schritt vorwärts auf dem Gebiet des Siedelungswesens.

Abg. **Heidstieck** (Dem.): Das Gesetz ist eine Etappe auf dem Wege der sozialen Wohnungsfürsorge.

Abg. Frau **v. Gierke** (Dn.): Spekulation muß bei Kauf und Verkauf der Heimstätten ausgeschlossen bleiben. Staatliche Fürsorge muß sich der Unterweisung der Frauen in Haus und Landwirtschaft annehmen.

Abg. Dr. **Runkel** (D. Vpt.): Die Zentralstelle, die das Gesetz vorsieht, muß weiter ausgebaut werden.

Abg. **Zubeil** (Soz.): Der Entwurf entspricht nicht unseren Erwartungen.

Abg. Frau **Zettler** (Ztr.): Wir können das Gesetz als Ganzes annehmen.

Reichsarbeitsminister **Schlicke** erklärt, daß bei Entschädigungen sozialpolitisch der Verminderungen und Wertsteigerungen billig verfahren werden soll.

Zu § 28 wird ein Antrag Dr. **Runkel** angenommen, wonach die Enteignung gegen angemessene Entschädigung zu erfolgen hat.

Das Gesetz wird angenommen, ebenso in dritter Lesung.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden.

Abg. **Waldstein** (Dem.): Der Entwurf trägt die Spur des Kompromisses an der Stirn. Immerhin bedeutet das Kompromiß des Ausschusses eine erhebliche Verbesserung gegenüber der Regierungsvorlage.

Abg. Dr. **Herschel** (Ztr.): Wir stimmen dem Gesetz zu.

Abg. **Bruhn** (Dn.): Wir müssen gegen das Gesetz stimmen.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Einspruch des Reichsrats gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung über den Entwurf des Postgebührengesetzes wegen gebührenpflichtiger Dienstpostkarten und Briefe.

Abg. **Waldstein** (Dem.) berichtet, daß der Ausschuß empfiehlt, in diesem Punkte die Regierungsvorlage wiederherzustellen; die Reichsregierung aber zu ersuchen, durch Gesetz die Frage alsbald endgültig zu regeln.

Reichspostminister **Giesberts** erklärt sich damit einverstanden. Bis zum Herbst werde eine entsprechende Vorlage eingehen.

Die Ausschußbeschlüsse werden angenommen.

Ein Gesetz betreffend die Uebernahme einer Haftung des Reiches für Lasten des Saarbrücker Knappschaftsvereins wird in allen drei Lesungen erledigt.

Der mündliche Bericht des 18. Ausschusses für die Ausführung des Friedensvertrags über eingegangene Petitionen wird erledigt und eine Entschließung des Ausschusses betreffend angemessene Entschädigung der Tierhalter, die Vieh an die Entente abgeben müssen, angenommen, nachdem die Abgg. Dr. **Rösicke** (Dn.), **Schiele** (Dn.) dafür und die Abgg. **Michelsen** (Soz.), **Henke** (U. S.) dagegen gesprochen haben.

Zweite Beratung des von allen Parteien des Hauses eingebrachten Gesetzentwurfes über Aenderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Erste Beratung eines vom Abg. **Schneider**-Sachsen (Dem.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfes über weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Gesetzentwurf an den 6. Ausschuß verwiesen.

Ein Antrag Dr. **Pachnicke** (Dem.) und Genossen betreffend Mäche für Krankenhäuser usw. wird erledigt.

Ein Gesetzentwurf, eingebracht von allen Parteien, betreffend Wiederaufnahmeverfahren gegen Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zweite Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. **von Gräfe** (Dn.) beantragt Absetzung von der Tagesordnung. Es handle sich um eine Lebensfrage des deutschen Volkes.

Abg. **Stücklen** (Soz.) widerspricht dem.

Abg. **Geyer**-Leipzig (U. S.) widerspricht ebenfalls. Die Rechte wolle nur ein Stück Militarismus retten.

Abg. Graf **zu Dohna** (D. Vpt.) stimmt dem Abg. von Gräfe zu.

Abg. **von Gräfe** (Dn.) will die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifeln, wenn es zur Abstimmung über seinen Antrag kommt.

Reichsjustizminister **Blunck**: Die Regierung legt den dringendsten Wert auf die Verabschiedung dieses Gesetzes.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, die Verhandlungen dieses Punktes der Tagesordnung vorläufig auszusetzen, ebenso die des nächsten betreffend die Stellung der Heeresjustizjuristen und der bei ihnen beschäftigten Sekretäre.

Dies geschieht.

Der Gesetzentwurf über die steuerliche Behandlung der im Reichsausgleichsgesetz und im Enteignungsgesetz behan-

Das versöhnende Lächeln.

Von
Kurt Martens.

(Nachdruck verboten.)

Manchmal könnte man jetzt wirklich am Menschen irre werden und geneigt sein, etwa den treuherzigen, demutvoll trottenden Jagdhund für ein edlers Wesen zu halten, als den Herrn, der schimpfend über ihm die Peitsche schwingt ... das Kätzchen, das sich in anmutiger Gelassenheit auf dem Fensterbrett sein schimmerndes Fell putzt, höher zu schätzen, als das schlampige Weib, das es mit dem Fledermisch hinab auf die Gasse stößt.

Eine Seuche von schlechter Laune, Aerger, Haß und Wut ist unter den Menschen ausgebrochen. Milde Rücksicht und heitere Güte scheinen ausgestorben. Selbstbeherrschung findet sich nur noch bei den Fidschi-Insulanern.

Ich wandere früh vor sieben Uhr die Straße entlang. Da drückt an einem Haustor der Briefträger auf den Klingelknopf. Der Automat, der öffnen soll, scheint zufällig zu versagen; infolgedessen gerät der würdige Staatsbeamte alsbald ganz außer Rand und Band, rüttelt wie verrückt an der Klinke, trommelt mit den Fäusten gegen die Türfüllung, hilft auch mit den Stiefelabsätzen nach ... und als ihm schließlich ein Kocherln von innen aufmacht, rennt er die Verblüffte beinahe über den Haufen und brüllt sie, als ob sie die Schuldige wäre, mit unflätigen Flüchen an.

Dann aber habe ich am gleichen Tage zwei kleine Szenen erlebt, die mir den Glauben an den Menschen wiedergaben.

An einem belebten Platz der inneren Stadt stößt ein allzu eiliger Radfahrer mit einem Herrn zusammen, kippt um und überkugelt sich. Der Herr, dem die Lenkstange unsanft die Hüfte getroffen hat, runzelt finster die Brauen, schon funkeln die Augen bedrohlich, gleich wird es ein Donnerwetter geben ... Aber nein, seine bessere Natur gewinnt die Oberhand. Er besinnt sich, daß Schimpfen roh und albern ist. Im Nu hat er sich die Stirn geglättet, der Blick wird sanft und heiter; freundlich neigt er sich über den aus dem Staube aufspringenden Burschen, der eben im Begriffe ist, den Aerger über sein Ungeschick an seinem Opfer auszulassen, und fragt teilnehmend: „Sie haben sich doch nicht weh getan?" — Siehe da, die peinliche Situation hat sich sofort gewandelt! Auch der Radfahrer ist plötzlich kein Barbar und Wüterich mehr, sondern ein Mensch von Zivilisation und Erziehung. Lach nd schüttelt er den Kopf, entschuldigt sich höflich und radelt vergnügter denn zuvor weiter des Weges.

Und nun das zweite Bild — so hübsch und besinnlich, wie nur irgendeine in unserer rauhen Welt: Im Hofgarten sitzen auf einer Bank Leute nebeneinander, die sich nicht kennen und auch keineswegs Lust haben, sich kennen zu lernen, weil einer dem andern doch nur den Platz an der Sonne neidet. Stumpf, brummig und abweisend hocken sie wie Nachteulen auf einem dürren Ast, am grimmigsten eine verschlafene alte Dame mit Hornbrille und schwarzem Spitzenumhang, der man die Unzufriedenheit mit ihrer Existenz eine Meile weit ansieht. Nur ein Kind, ein blondes kleines Mädchen, mit einem Rosenkranz in der Hand, das von Anfang an d n linken Flügel dieser Schlachtreihe bildete, nun aber beinahe schon von der Bank herab gedrängt ist, blinzelt die Sonne, seinen großen Bruder, schelmisch an. Ein paarmal mustert es verstohlen die Bankgenossen, wie verwundert ob ihrer aus kältenden Verdrießlichkeit. Dann erhebt es sich kurz entschlossen, zieht die schönste Rose aus seinem Strauß und reicht sie lavend lächelnd der finsteren alten Dame mit dem schwarzen Spitzenumhang. Die fährt, entrüstet über die Störung aus ihrem Dämmerzustand auf ... sieht vor sich das schüchtern lächelnde Antlitz des fremden Kindes, die duftende Rose, die ihm ohne allen ersichtlichen Grund dargeboten wird, und — Gottes Wunder! — das liebe Lächeln steckt sie an ... Dankend nimmt sie die Rose entgegen und streichelt den blonden Lockenkopf.

Und zugleich mit der Alten sind auch die Nachbarn alle von dem Lächeln angesteckt, freuen sich an dem liebenswürdigen kleinen Mädchen, beginnen mit ihm und unter einander zu plaudern und scherzen ... lernen sich so kennen und aneinander Gefallen finden. Auf einmal ist alles in ihnen und um sie hier eitel Licht und belebende Wärme. Das Kind ist nicht mehr allein mit seinem Herzensüberschwang; es hat der Sonne neue Geschwister und sich selber einen Platz im Himmelreich gewonnen.

Geschichten vom Oberlandesgericht.

Einige lustige Vorfälle aus dem Bereich eines Oberlandesgerichts werden in Stefan **Großmanns „Tagebuch"** mitgeteilt.

Hatte da der Herr Senatspräsident eingeführt, daß bei jeder Sitzung in der Zeit zwischen 12 Uhr mittags 7 Min. eine Pause eintritt. Dann können die Oberlandesgerichtsräte etwaigen körperlichen Bedürfnissen, denen die Natur in ihrer Unvollkommenheit selbst Oberlandesgerichtsräte unterworfen hat, nachgehen. Eines Tages bittet nun, als gerade keine Rechtsanwälte am Vortragen sind, ein Oberlandesgerichtsrat den Senatspräsidenten: „Herr Präsident gestatten, daß ich einmal austrete." Da wendet sich dieser dem anderen entrüstet zu und sagt in vorwurfsvollem Ton: „Aber, Herr Kollege, es ist doch erst 11 Uhr!"

Der Landrichter X. wird als Hilfsrichter zum Oberlandesgericht eingezogen. Dem Senatspräsidenten hatte er sich bereits vorgestellt. Um nun auch die anderen hochgelehrten Kollegen kennen zu lernen, findet er sich am Sitzungstage seines Senates recht früh im Beratungszimmer ein. Allmählich erscheinen die Oberlandesgerichtsräte, und X. stellt sich jedem unter Nennung seines Namens vor. Eine angeregte Unterhaltung zwischen den Oberlandesgerichtsräten beginnt, und alle möglichen Fragen werden erörtert. Aber an X. wendet sich keiner; er ist von der Unterhaltung völlig ausgeschlossen, und nur ab und zu fliegt ein mißbilligender Blick zu ihm herüber, der verärgertes Erstaunen über seine Anwesenheit ausdrückt. Als der Senatspräsident eintritt und ihn freundlich anspricht, atmet X. erleichtert auf, und eigenartigerweise beteiligen sich nun auch die Oberlandesgerichtsräte an dem Gespräch. Als er dann später, feierlich mit der Richterrobe angetan, unter den anderen am Richtertisch sitzt, beugt sich mitten im Vortrag des Rechtsanwaltes der neben ihm sitzende Oberlandesgerichtsrat zu ihm herüber und flüstert ihm zu: Sie werden sich gewundert haben, daß wir gar nicht mit Ihnen gesprochen haben; wir haben gemeint, Sie seien Referendar."

Die Friedenspalmen von San Remo.

San Remo, das durch die eben beendete interalliierte Konferenz zu erneuter historischer Bedeutung gekommen ist, hat in der päpstlichen Geschichte schon einmal eine friedliche Rolle gespielt.

Als vor rund 350 Jahren der Obelisk vom Zirkus des Nero unter Leitung des berühmten Architekten des Papstes Sixtus V., Domenico Fontana, auf den St. Peterusplatz in Rom überführt wurde, um hier aufgestellt zu werden, war vom Papst der strenge Befehl ergangen, daß die Zuschauer während der Arbeit absolutes Stillschweigen beobachten sollten, und daß jeder, der auch nur den Mund auftue, das Leben verwirkt habe. Als die Arbeit im besten Zuge war, erscholl plötzlich der Ruf aus der Menge: „Man muß die Stricke mit Wasser begießen." Der Rufer war ein aus San Remo stammender Matrose, dem die Wahrnehmung, daß die den Obelisken haltenden Taue durch die Reibung mürbe geworden waren und zu reißen drohten, den Warnungsruf entlockt hatte. Vor den Papst gebracht, erklärte er unerschrocken, daß er lieber den Tod erleiden als schweigend zusehen wolle, daß das kostbare Denkmal Schaden erleide. Der Papst belohnte den Matrosen nicht nur, sondern verlieh aus Dankbarkeit auch seiner Vaterstadt das Recht, für alle Zeiten den römischen Kirchen die Palmenzweige zu liefern, die am Palmsonntag geweiht und eingesegnet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200430018/fragment/page=0002

seiten Ansprüche und Verbindlichkeiten wird an den 6. Ausschuß zurückverwiesen.

Eine Reihe von Ausschußberichten wird erledigt.

Präsident Fehrenbach erklärt, daß, da die Beschlußunfähigkeit des Hauses unzweifelhaft bestehe, das Haus von der Beratung der zurückgestellten Punkte (Militärgerichtsbarkeit usw.) absehen müßte.

Nächste Sitzung: 19. Mai 3 Uhr.

Schluß nach 3 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 29. April. 141. Sitzung. 11 Uhr. Die Vorlage wegen der

Gebühren der Notare, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher

und Heraufsetzung der Gerichtskosten wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Zu dem Entwurf der neuen Beamtenbesoldungsordnung führt

Finanzminister Lüdemann unter anderem aus: Der Staat hat ein dringendes Interesse daran, dafür zu sorgen, daß die Beamtenschaft sich in gesicherten Einkommensverhältnissen weiß. Durch geregelte Besoldungsverhältnisse wird gleichzeitig ein Anreiz zur Heranziehung tüchtiger Staatsdiener geschaffen. Die Neuregelung soll dazu dienen, das Gehalt der Beamten mit den schwankenden Teuerungsverhältnissen einigermaßen in Einklang zu bringen. Dreizehn neue Besoldungsgruppen sind unter Aufhebung der früheren Unterschiede zwischen unteren, mittleren und höheren Beamten aufgestellt worden. Eine Erschwerung lag darin, daß wir unsere Regelung nicht vornehmen konnten, bevor die Regelung der Besoldungsverhältnisse im Reiche erledigt war, was erst gestern in der Nationalversammlung geschehen ist, wo noch eine Reihe erheblicher Aenderungen vorgenommen wurde.

Die Besoldungsvorlagen werden ohne Aussprache dem Ausschuß für die Besoldungsreform überwiesen.

Die angekündigten Vorlagen über die Bereitstellung von Mitteln für die Besoldungsreform gehen an den Haushaltsausschuß.

Hierauf wird die Beratung der Anfragen und Anträge betreffend die Einwohnerwehren, die Zurückziehung der Truppen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet usw. fortgesetzt.

Abg. Steinbrink (Soz.): Die Einwohnerwehren haben sich überall als reaktionär erwiesen. Man könne es wohl verstehen, daß die Arbeiter die Waffen nicht ohne weiteres herausgeben wollen, weil das rechtsstehende Bürgertum, namentlich auf dem Lande, schwer bewaffnet ist. Severing hat sich große Verdienste um das Ruhrgebiet erworben.

Minister des Innern Severing: Das Bielefelder Abkommen war ein Versuch, Blutvergießen zu vermeiden. Die anderen Anfragen des Abg. Gräf lassen sich kurz beantworten. Die Auflösung der Einwohnerwehren haben wir verfügt, weil wir nicht noch mehr in die Fesseln des Feindes kommen wollen. Wir wollen nicht die Meinung aufkommen lassen, als ob wir es mit der Erfüllung des Friedensvertrages nicht ernst nehmen. Ueber die Form des Ersatzes der Einwohnerwehren wird das Reich sich mit der Entente zu verständigen suchen. Wir werden wohl zu einem Ortswehrschutz kommen, an dem auch die Arbeiter beteiligt sind. Die Reichssicherheitspolizei soll straff diszipliniert sein. Die Rekrutierungsgebiete lassen wir uns nicht vorschreiben. Jetzt heißt es, alle Kräfte zusammenschließen, um künftigen Unruhen vorzubeugen. Der Leistungen der Sicherheitspolizei gedenken wir mit Dank. Für die Hinterbliebenen der Gefallenen wird gesorgt werden.

Geheimrat Weißmann: Mit der Verhaftung des Abg. Dr. Schreiber hat das Staatskommissariat für die öffentliche Sicherheit nichts zu tun. Der General Hardenberg ließ ihn in Schutzhaft nehmen, weil er eine Versammlung im Freien abgehalten hatte, zu der die Erlaubnis entzogen war. Nicht einmal die Zustimmung des Regierungskommissars zu der Verhaftung war eingeholt worden. General Hardenberg ist abberufen und seine Stelle neu besetzt worden. Die Bestrafung ist Sache des Reichswehrministers.

Abg. Stieler (Ztr.): Die Bolschewisten im Ruhrgebiet hatten unabhängig vom Kapp-Putsch ihre Vorbereitungen getroffen. Der Kampf für die Diktatur wurde dann eingeleitet. Wir danken der Reichswehr und der Sicherheitspolizei.

Abg. Dr. Jordan (Dem.): Wir haben Vertrauen zum Minister des Innern. Allerdings muß er bei der Auswahl seiner Mitarbeiter vorsichtig sein. Er darf nicht bloß Gewerkschaftler berücksichtigen.

Abg. Rippel (Dn.): Frankreichs Vormarsch beweist, daß uns die Feinde nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Ist der Minister in der Lage, uns mitzuteilen, wieweit Frankreich dabei durch die Herren Brost und Genossen beeinflußt wurde? Die Räubereien im Ruhrgebiet sind unter Führung von Aktionsausschüssen begangen worden. Dafür kann nicht die Gesamtheit der Steuerzahler verantwortlich gemacht werden. Der Reichswehr und Sicherheitswehr sprechen wir unseren Dank aus.

Abg. Ludwig (U. S.): Die Bielefelder Abmachungen sind gerade von der Reichswehr nicht gehalten worden. Die Behauptung, daß das Verhalten meiner Freunde im Zusammenhang steht mit der Bewegung von Frankfurt und Darmstadt, ist pharisäerhaft.

Minister Severing: Die Beteiligung der Arbeiter am Generalstreik war eine ausreichende Unterstützung der Regierung. Von unserem ursprünglichen Vorhaben, südlich der Ruhr nicht militärisch einzugreifen, werden wir wahrscheinlich Abstand nehmen müssen. Wir können nicht warten, bis größere Ausschreitungen stattfinden.

Abg. Heilmann (Soz.):

Ich warne die Rechte vor neuen Putschen.

Ich warne auch die Hannoveraner, die nach mir vorliegenden Briefen, die veröffentlicht werden sollen, sich mit dem Plane der

Errichtung eines neuen Königreichs Hannover

tragen. Die künftigen Ortswehren müssen unter staatlicher Aufsicht ein Instrument der Ordnung sein.

Abg. Freiherr v. Wangenheim (D.-Hann.): Wir lehnen alle Putsche ab und auch jede Diktatur. Die Briefe sind erstunken und erlogen.

Die Aussprache schließt. Die Abstimmung wird ausgesetzt.

Der Antrag des Abg. Dr. Ritter (Dn.) auf Einführung von Fahrpreisermäßigung für die Jugend wird angenommen.

Mittwoch, den 5. Mai, 1 Uhr nachmittags: Siedelungsvorlage für das Ruhrgebiet, Vorlage über die öffentliche Jugendfürsorge, Abstimmung über die Einwohnerwehren und anderes.

Schluß gegen 8 Uhr.

Halle und Umgegend.

Halle, den 30 April 1920

Kurzer Auszug aus dem Tätigkeitsbericht des Abgeordneten Delius.

Die Nationalversammlung hat 173 Sitzungen abgehalten. Noch nie sind von einer gesetzgebenden Versammlung in 1½ Jahren soviel Arbeiten erledigt worden. Die Zahl der verabschiedeten Gesetze beträgt gegen 80, daneben sind eine Anzahl Verordnungen, Anträge usw. erledigt worden. Die Zahl der kleinen Anfragen betrug 891. Abgeordneter Delius war Mitglied des Haushaltsausschusses, gehörte der Petitionskommission an und war Mitglied der Ausschüsse zur Beratung des Tumultschadengesetzes, des Kinogesetzes. In dem zur Beratung der Besoldungsordnung gebildeten Unterausschusse leistete er hervorragende Arbeit. Daneben wirkte er wiederholt im Verfassungs-, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Ausschuß. Im Plenum nahm Abgeordneter Delius siebenmal das Wort (Verfassung, Postetat, Postgebühren, Mannschaftsversorgungsgesetz, Tumultgesetz, Beamtenrecht). Zehn kleine Anfragen betreffend Rentenempfänger, Arbeiter ätte, Zwangswirtschaft, Pensionäre, Steuereinschätzung, Aufbau der Steuerverwaltung, vertriebene Elsaß-Lothringer, Rumänische Gefangene, Verreichlichung der Eisenbahnen, Beamtenräte sind vom Abg. Delius gestellt worden. Er war Berichterstatter über die Post- und Fernsprechgebühren, über den Postetat, die Portofreiheiten, die Besoldungsordnung (750 Petitionen). Wichtige Anträge von ihm wurden in das Tumultschäden-, das Kinogesetz, die Besoldungsordnung, die Beamtengesetze, die Post- und Fernsprechgebührengesetze aufgenommen. Das Einkommensteuergesetz ist auf seine Anregung gegen den anfänglichen Widerstand der Postverwaltung eingeführt worden. Abg. Delius hat ständig an den Wählerversammlungen der Nationalversammlung in Weimar, Berlin und Stuttgart und an sämtlichen Fraktionssitzungen — über 200 — teilgenommen. Daneben war Herr Delius Geschäftsführer der Fraktion. Als solcher hatte er den Riesenschriftwechsel zu erledigen.

Seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung sind von ihm im Wahlkreise 64 Versammlungen, auswärts 13, daneben 12 nichtamtliche abgehalten worden. Außerdem hat er an 23 Interessentenversammlungen teilgenommen. In 24 Zeitungsartikeln, die zum größten Teil in der führenden Presse erschienen, nahm Abg. Delius zu den schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen Stellung. Trotz dieser gewiß sehr ansehnlichen Leistung fand er noch Zeit, sich in einer Anzahl ehrenamtlicher Stellen zu betätigen.

Im eigenen Netz gefangen.

Die „Hallische Allgemeine Zeitung" regt sich in ihrem Artikel in der gestrigen Nummer, in dem sie den kommunistischen Aufruhrplan für Mitteldeutschland bespricht, darüber auf, daß die Pressestelle der preußischen Regierung das Bestehen eines solchen Planes zwar zugegeben, die Veröffentlichung durch die Presse im Interesse einer Untersuchung aber nicht für zweckmäßig erachtet habe. Ebenso erregt es den Unwillen des genannten „liberalen" Blattes, daß der Reichsminister Koch dieser Ansicht beigetreten sei.

Diese Auffassung, so schreibt die Hallische Allgemeine, findet man sonst allenfalls bei verknöcherten Polizeiwachtmeistern mittelalterlicher Gebäuden, die von der Wirkung von Pressevröffentlichungen keinen blauen Dunst haben. Moderne Menschen wissen: Die Aufdeckung eines geheimen Planes läßt von vornherein seine Ausführung zunichte werden. Wenigstens muß der Urheber des Planes ihn wieder umkrempeln und damit wird die Zeit gewonnen, die eine wachsame Regierung brauchen würde, um allen Vorbereitungen für einen neuen Aufruhr zu begegnen.

Schröchen gemach, verehrte Allgemeine! Wie war die Sache aber beim Kapp-Putsch?

1. Hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Stresemann, nach eigenem Zugeständnis bereits am 7. März im vertrauten Kreise seiner Parteifreunde in Hamburg davon Mitteilung gemacht, daß ein Putsch bevorstände;
2. hat Dr. D. Rode, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft am 13. März dies bestätigt;
3. hat der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei in Hamburg, Rose, zugegeben, daß sie gewußt hätten, daß Kräfte am Werke waren, die auf gewaltsamem Wege versuchten, die Verfassung zu ändern;
4. hat der Redner der Deutschen Volkspartei, Dr. de Chapeaurouge, als die Bürgerschaft Hamburgs zu dem Hochverrat Stellung nahm, erklärt, seine Partei hätte keine Veranlassung, schützend aktiv für die verfassungsmäßige Regierung einzutreten.

Weshalb hat denn damals die volksparteiliche Presse nicht Alarm geschlagen? Wurde sie damals etwa noch von verknöcherten Polizeiwachtmeistern geleitet? Hat sie erst jetzt beim drohenden Links-Putsch wie moderne Menschen denken gelernt? Das letztere ist kaum anzunehmen, und so bleibt nur die Tatsache übrig, daß die Deutsche Volkspartei und ihre Presse von den Vorbereitungen zum Kapp-Putsch gewußt, diese aber nicht veröffentlicht haben, weil sie den Hochverrat begünstigten und auf einen anderen Ausgang hofften.

Schließlich noch ein Wort über die Schreibweise und Berichterstattung der „Hallischen Allgemeinen" gelegentlich der letzten Versammlung. Die Deutsche Volkspartei hat Geld, viel Geld. Und Gustav Freytag hat in der herben Kennzeichnung der Figur seines Schmoek recht, wenn er ihm die Worte sprechen läßt: „Ich kann schreiben links — ich kann schreiben rechts." Noch einmal sei auch die Deutsche Volkspartei zur Mitgliedschaft des Herrn Kemper beglückwünscht. Sie darf es wirklich glauben, daß die Demokratische Partei über den Verlust dieses Herrn nicht traurig ist. Ein Mann von derartig schneller politischer Wandlungsfähigkeit hat in der Deutschen Volkspartei den geeigneten Platz. Vielleicht wo den dort seine Offerten für Reklamemarken-Inbetracht der reichlichen Geldmittel wohlwollender aufgenommen. Wir mußten sie seinerzeit aus Ersparnisrücksichten ablehnen.

Johannes Dornblüth.

Die Häuteverwertung, E. G. m. b. H. zu Halle

hielt ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung am 27. April im Hohenzollernhof hier ab; sie war von den Mitgliedern zahlreich besucht. Die Leitung der Generalversammlung lag in den Händen des Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Fleischermeister August Mangold.

Aus dem von Herrn Generaldirektor Rotter erstatteten Geschäftsbericht über das 20. Geschäftsjahr war zu entnehmen, daß im Jahre 1919 insgesamt 66 077 Großviehhäute, 47 934 Kalbfelle, 36 239 Schaffelle, 12 995 Ziegen- und ähnliche Kleintierfelle eingeliefert worden sind, was gegen das Vorjahr ein erhebliches Mehr mit Ausnahme der Kalbfelle ausmacht. Die höheren Ziffern sind dadurch bedingt, daß seit Aufhebung der Zwangswirtschaft, die am 15. August 1919 für Häute und Felle ausgesprochen ist, sich wieder eine große Anzahl Einlieferer der genossenschaftlichen Verwertung durch die Häuteverwertung zugewendet haben und ihr Gefälle durch diese Genossenschaft auf den ammonatlich stattfindenden großen Zentralauktionen verwerten lassen.

Der Genossenschaft gehören zurzeit 1588 Genossen mit 2144 Geschäftsanteilen an, welches einer Hafsumme von 643 200 Mk. entspricht.

Die Vermögensbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, welche unter anderem eine 15proz. Dividende auf die voll eingezahlten Geschäftsanteile vorsieht, wurde einstimmig genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die satzungsgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Strunk und Liebig aus Halle und Obermeister Rausch (Delitzsch) wurden einstimmig wiedergewählt.

Neuregelung der Löhne für die Arbeiter und Arbeiterinnen im Handels- und Transportgewerbe. Zwischen dem Arbeitgeberverband für das Handels- und Transportgewerbe und dem Deutschen Transportarbeiterverband ist durch Verhandlungen festgelegt worden, daß auf die Tarifsätze vom 1. Februar d. J. ab 1. Mai ein Zuschlag von 50 Prozent, ab 1. Juni ein solcher von 55 Proz. und ab 1. Juli ein solcher von 60 Prozent Geltung hat. Diese Löhne sind als erstöblich zu betrachten und von allen in Frage kommenden Arbeitgebern zur Auszahlung zu bringen.

Apollotheater. — Gastspiel Paul Beckers mit seiner Gesellschaft ab 1. Mai. „Fliegentütenbeinrich", wie eine seiner Hauptrollen hieß, der unkaputtbare, so vielbeliebte Komiker wird nächsten Sonnabend mit seiner Gesellschaft in das Apollotheater zu kurzem Gastspiel einziehen und wieder viele Tausende von gangem Herzen zum Lachen bringen. Sein neuestes Stück heißt diesmal das „Mädchen vom Anton", in dem Becker die Rolle des „Grafen Rico ohne" spielen und Gelegenheit haben wird, seine Komik und Darstellungskunst im Erfassen menschlicher Typen in allen Farben schillern zu lassen. Um ihn herum gruppiert sich eine Reihe in das Ensemble viel tre slich sich einfügender, vorzüglicher Schauspielkräfte. Der Vorverkauf zum Premierenabend und für die folgenden Tage hat bereits sehr stark eingesetzt, ein Zeichen für die Beliebtheit des „Fliegentütenbeinrichs".

Kunst und Wissenschaft.

Amundsens Nordpolfahrt aufgegeben. Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Marineministerium ein drahtloses Telegramm aus Cordova (Alaska) erhalten, wonach Roald Amundsen beabsichtigt seinen Versuch, den Nordpol zu erreichen, aufzugeben. Der Forscher befindet sich bereits auf der Rückreise von dort und denkt Ende Juli in Rome in Italien einzutreffen.

Oldenburgisches Landesmuseum. Das frühere Großherzogliche Schloß in Oldenburg soll als Landesmuseum (für Kunst, Kulturgeschichte und Kunstgewerbe, Gemäldegalerie) umgebaut und eingerichtet werden. Die prähistorische Sammlung steht unter Leitung eines besonderen Direktors. Für diese mehrjährige Arbeit wird eine kunsthistorisch gebildete Persönlichkeit mit kulturhistorischen Interessen, die bereits Museumspraxis besitzt, auf möglichst halb gesucht. Erwünscht ist, daß diese auch zu Kunst und zum Kunstgewerbe der Gegenwart ein lebendiges persönliches Verhältnis besitzt, um die Sammlung weiterhin zu machen. Eine erbeitliche Anstellung als Museumsdirektor bleibt vorbehalten. Gesuche mit Geburtsurkunden sind unter Beifügung der Zeugnisse, eines Lebenslaufes und eines amtlichen Gesundheitszeugnisses bis zum 25. Mai d. Js. an das Oldenburgische Ministerium des Innern zu richten.

Lehrauftrag. Der an den hiesigen Handelshochschulen tätige Diplomhandelslehrer Dr. rer. pol. Ernst Hesse hat vom Polytechnikum (Gewerbe- und Handelshochschule) zu Cöthen vom Sommersemester 1920 an einen Lehrauftrag in Privatwirtschaftslehre (Handelswissenschaften) erhalten, nachdem er hier durch seine Lehrtätigkeit (auch Vorlesungen und Uebungen in Arbeiterbildungskursen, Beamten- und Handelshochschulkurse) in verschiedenen Kreisen bekannt geworden ist. Vor ca. 10 Jahren war er noch Volksschullehrer.

Provinzial-Nachrichten.

Z Döllnitz, 30 April. (Gedächtnisfeier für Pfarrer Riehus.) Einen erhebenden Verlauf nahm die vom Hallischen Pfarrervverein in der Kirche zu Döllnitz veranstaltete zahlreich besuchte Feier zum Gedächtnis des bei den Märzunruhen ermordeten Pfarrers Riehus in Burgliebenau. Nach dem gemeinsamen Gesange des Liedes: „Herr wie Du willst" sang Herr Lehrer Dö ing-Collenbeck unter Orgelbegleitung des Herrn Pfarrers Dr. Sannemann: „Sei getreu", welche Worte auch der Superintendent der Parochie seiner tiefergriffenen Trauer der zugrunde gelegt hatte. Herr Superint. Hohenstein-Radewell feierte den Verstorbenen noch auf Grund seiner letzten Unterredung, die er während der Haft kurz vor seinem Tode mit ihm gehabt hatte, als Märtirer und wahren Christen. Die gemeinsam gesungenen Lieder: „Je näher, du hochgelobte Stadt" und „Pack mich Dein sein und bleiben" gaben der Gedenkfeier einen würdigen Rahmen.

Z Weuste, 30. April. (Erneute Verhaftungen) junger Leute hier und im benachbarten Lochau haben im Laufe dieser Woche stattgefunden; die Verhafteten sind der Staatsanwaltschaft in Halle zugeführt. Man bringt diese Festnahmen in Zusammenhang mit der Ermordung des Pastors Riehus in Burgliebenau.

Aus dem Elsterkreise. 29. April. (Der Raps blüht.) Die sommerlichen Aprilsage haben wie mit einem Zauberstabe auf die Vegetation eingewirkt. Die frisch bestellten Saatfelder haben sich schon meist mit einem smaragdgrünen Teppich bekleidet, zwischen denen die Rapsfelder mit ihren goldgelben Blüten, die zur Entfaltung gelangt sind, in den verschiedenen Feldmarken eine bunte Abwechslung bieten. Allerdings finden sich diese goldgelben Flächen im allgemeinen nur vereinzelt vor, da mehrfach Rapsfelder wegen dünnen Standes umgepflügt werden mußten. Wie die Raupernte, so die Roggenernte, heißt es nun in einer alten Bauernregel, wonach wir heuer, wenn sie recht behält, nur eine kümmerliche Roggenernte zu erwarten haben, da der Stand des Roggens ein verhältnismäßig dünner, während die übrigen Getreidearten einen besseren Ertrag in Aussicht stellen.

:—: Naumburg, 29. April. (Raubmordversuch bei Wilsdorf.) Am Sonntag abend in der zehnten Stunde wurde der Handelsmann Walter Kunst aus Bad Kösen in Wilsdorf nach einem Tanzvergnügen überfallen, schwer verletzt und seiner Barschaft beraubt, die nach seiner Angabe etwa 65 000 Mk. betragen habe. Infolge bedeutenden Blutverlustes war er bewußtlos. Es wurde daher nach Naumburg gebracht und ins Krankenhaus überführt. Dort konnte er nachdem er sich wieder erholt, entlassen werden. — Nach neuerer Meldung soll die Nachricht von dem Raube der 65 000 Mark nicht zutreffen. Das Geld habe sich in der Wohnung des Schwerverletzten gefunden.

)(Kalbe/Saale 29. April. (Bürgermeisterwahl.) Die Stadtverordneten wählten zum Ersten Bürgermeister anstelle des infolge der Kapp-Unruhen zurückgetretenen Oberbürgermeisters Dr. Gebhardt den sozialdemokratischen Stadtrat Paul Weber. Weber war vordem Parteisekretär. Er ist von Beruf Handschuhmacher und zeichnet auch als Verleger des sozialdemokratischen Tageblatts. Die Mitglieder der bürgerlichen Fraktion hatten ihre Stimme für den zweiten Bürgermeister Mertens abgegeben, nachdem sie vorher eine Erklärung abgegeben hatten, daß sie die Wahl bis nach den neuen Stadtverordnetenwahlen zurückgestellt wissen wollten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200430018/fragment/page=0003

Chemnitz, 28. April. (Talsperre). Die Stadt Chemnitz beabsichtigt eine neue Talsperre zu errichten, die das Seifenbachtal und die Halelbachtal abschließen wird und nicht weniger als 18 Mill. Kbm. Wasser fassen soll. Die Sperrmauer, die oberhalb Reifland bei der Oelmühle errichtet werden wird, wird eine Höhe von 40 Meter haben bei einer oberen Mauerstärke von 5 Meter.

Sport der „Saale-Zeitung".

Rennen zu Karlshorst.

Preis von Stralau (12 000 Mark, 3000 Meter): 1. Irrtum, 2. Harem, 3. Silberlugel. Tot.: Sieg 34, Platz 19, 30, 25 : 10. 11 liefen.

Preis von Hallerbau (15 000 Mark, 3400 Meter): 1. Marmolata, 2. Rohrdommel, 3. Elschen. Tot.: Sieg 33, Platz 12, 11, 12 : 10. 8 liefen.

Preis von Saarow (25 000 Mark, 4200 Meter): 1. Flieger, 2. Artillerieoberst und Durchbruch totes Rennen. Tot.: Sieg 26, Platz 15, 14, 6 : 10.

Orcadian Jagdrennen (25 000 Mark, 4000 Meter): 1. Pillau, 2. Ostry, 3. Ablecke. Tot: Sieg 37, Platz 14, 27, 13 : 10. 7 liefen.

Gothe-Erinnerungsrennen (35 000 Mark, 4200 Meter): 1. Rheinperlchen, 2. Cormoran, 3. Honneb. Tot.: Sieg 22, Platz 11, 11 : 10. 4 liefen.

Preis von Dahlwitz (22 000 Mark, 3000 Meter): 1. Heimat, 2. Steinberger, 3. Gernegroß. Tot.: Sieg 30, Platz 13, 14, 22:10. 7 liefen.

Goldback Jagdrennen (12 000 Mark, 3200 Meter): 1. Gratulation, 2. Heloria, 3. Kürassier. Tot.: Sieg 44, Platz 15, 13, 18 : 10. 8 liefen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Bewerkschaft des Bruckdorf-Nelebener Bergbau-Vereins Halle.

Die Gewerkschaft verteilt eine Ausbeute von 800 Mark je Kux. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:

Das Geschäftsjahr 1919 brachte uns den Gedenktag unseres 50jährigen Bestehens als Gewerkschaft neueren Rechtes.

Das Jahr stand im Zeichen der politischen und wirtschaftlichen Umwälzung. Die wirtschaftlichen Kämpfe und Lohnbewegungen, die im Generalstreik des mitteldeutschen Braunkohlenreviers vom 23. Februar bis 10. März ihren Höhepunkt erreichten, beeinflußten die Produktion ungünstig. In besonderem Maße wurden dadurch die Schmelereien und die Paraffinfabrik betroffen. Die Neueinstellung von Arbeitskräften nach Abgang der Kriegsgefangenen sowie die infolge der Einführung der achtstündigen Schicht notwendige Vermehrung der Belegschaften konnten sich entsprechend der Demobilisierung des Heeres nur allmählich vollziehen, so daß die Werke zum Teil während des ersten Vierteljahres mit Einschränkungen und Verlust arbeiteten. Arbeitswille und Arbeitsleistung der Belegschaften wurden außerdem durch die unbefriedigende Ernährungslage beeinflußt.

Die Erzeugung gibt folgendes Bild: Kohle: Alwiner Werein 3 469 930 (i. V. 4 560 117) Hektoliter, Neuglücker Werein 1 027 645 (1 242 297) Hektoliter; Briketts 57 010 (88 500) Tonnen, Nußpreßsteine 9 813 650 (10 501 350) Stück, Ziegelsteine 4 649 100 (2 097 720) Stück, Teer 1 919 167 (2 366 065) Kg., Koks 7257 (6993) To., Paraffinschuppen 269 874 (568 002) Kg., Paraffinöl 1 398 032 (2 784 443) Kg., Nebenprodukte 301 208 (522 167) Kg., Montanwachs (550 400 (731 783) Kg.

Die Selbstkosten mußten nach Lage der Dinge eine beträchtliche Steige ung erfahren, die in erster Linie durch mehrfache Lohnerhöhungen, in zweiter Linie durch stetige Anziehen der Materialienpreise infolge großer Konkurrenzen hervorgerufen wurde. Diese konnte nur durch mehrfache Preiserhöhungen nach Genehmigung durch das zuständige Reichswirtschaftsministerium ihren Ausgleich finden.

Im einzelnen wird noch berichtet: Bergwerk Alwiner Verein. Abraum. Die in Aussicht genommene Verlegung der Ausfahrt nach der nördlichen Tagebaustelle erforderte umfangreiche Anschaffungen von Gleismaterialien und Umbauten von Geleisen, die zurzeit noch durchgeführt werden. Der Grubenbetrieb arbeitete ohne ernstere Störungen. Der Betrieb der Montanwachsfabrik wurde, wie im Vorjahr, durch Benzolmangel stark beeinträchtigt, so daß die Produktion nur einen Bruchteil der wirklichen Leistungsfähigkeit erreichte. Die Ziegelei arbeitete günstiger und konnte ihre Erzeugung nicht unwesentlich erhöhen. Der Radiportzug mit dem Besitzer Wöchter des Rittergutes Canena lief am 30. Juni 1919 ab. Wir haben im Wege gütlicher Vereinbarung das Gut bereits am 1. März in eigene Bewirtschaftung genommen. Das wirtschaftliche Ergebnis des ersten Jahres wurde durch ungünstige Witte ung beeinträchtigt, die einen Ausfall an Rüben und Kartoffeln bedingte — Bergwerk Neuglücker Verein und Paraffinfabrik Rietleben. Die Schmelereien wurden unmittelbar nach dem Generalstreik infolge einer Stö ung im Kesselbetrieb, die die elektrische Zentrale stillegte, von einem größeren Schaden dadurch betroffen, daß mehrere Schmelzofenlinder ausbrannten und eine mehrwöchige Unterbrechung des Betriebes bewirkt wurde. Der Grubenbetrieb arbeitete ohne Störungen.

Für öffentliche Lasten wurden ausgegeben beim: aus rückgestellt: an Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Knappschaftskasse, Krankenkassen, Invaliditäts-, Alters- und Angestellten-Versicherung, Steuern und Abgaben 275 054,96 Mk. der Rohüberschuß beträgt 1 401 156,26 Mk. gegen 1 851 235,26 Mk. Davon kommen in Abzug: für Anleihe- und Ingenzinsen 112 495,22 (121 850,67) Mk.; für Abschreibungen 453 775,55 (489 696,29) Mk. Reingewinn für 1919: 837 885,49 (1 289 739,30) Mk. Unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages von 69 417,59 abzüglich gezahlter Ausbeute 48 800 Mk. stehen zur Verfügung 858 503,08 Mk., welche wie folgt Verwendung finden sollen: Ausbeute für 976 Kuxe 780 800 Mk., Geminnanteil für Grubenvorstand 52 673,13 Mark. Der Rest ist mit 25 029,95 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Ueber das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres läßt sich in Anbetracht der bei Abfassung dieses Berichtes eingetretenen politischen Wirren nichts sagen. Nur wenn Verhältnisse eintreten, die eine sichere ungestörte Fortführung der Betriebe gewährleisten, ist auf einen befriedigenden Abschluß zu hoffen.

Hirsch, Kupfer- und Messingwerke, Aktiengesellschaft in Berlin.

Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 12 Proz. (i. V. 10 Proz.) fest. Ueber die Aussichten für das neue Jahr beträgt, führt Herr Direktor Arm Hirsch aus, daß das Geschäft in den abgelaufenen drei Monaten des neuen Jahres voll und ganz den im Geschäftsbericht zum Ausdruck gebrachten zuversichtlichen Erwartungen entsprochen habe, und daß der zu Ende gehende vierte Monat sich seinen Vorgängern würdig anschließen werde.

„Von dem in das neue Jahr hinübergenommenen großen Auftragsbestande hat ein erheblicher Teil in den abgelaufenen Monaten bereits erledigt werden können. Beamte und Arbeiter haben ihre besten Kräfte in den Dienst der Gesellschaft gestellt, die Arbeitsleistungen haben sich wie im abgelaufenen Jahre auch im neuen Jahre von Monat zu Monat gehoben. Leider wurde der Betrieb aus den bekannten Ursachen für eine kurze Zeit unterbrochen, wofür den Angestellten keine Schuld beizumessen ist, aber seit Wiederaufnahme des Betriebes wird von allen mit großer Lust und Liebe gearbeitet, so daß, wenn die Gesellschaft das Glück habe, von etwaigen Streiks verschont zu bleiben, die Aussicht auf ein befriedigendes Endergebnis besteht. Die Gesellschaft ist auch mit großen Beständen an Rohmaterialien in das neue Geschäftsjahr hineingegangen, die zum großen Teil schon aufgebraucht sind, aber wieder aufgefüllt werden konnten, so daß das Unternehmen auf sieben bis acht Monate mit Rohstoffen reichlich versorgt ist und, was hierbei besonders ins Gewicht fällt, ist der Umstand, daß bei einer monatlichen Erzeugung von 40—50 Millionen Mark Rohstoffe in erheblichen Mengen nicht importiert zu werden brauchten. Allerdings muß man diese Tatsache mit einem trüben und einem lächelnden Auge betrachten, mit einem trüben, weil es sich dabei um die Verarbeitung der Ueberbleibsel des Krieges handelt, mit einem lächelnden, weil man angesichts des unzinslichen Standes der Reichsmark den Devisenmarkt nicht in Anspruch zu nehmen brauchte, im Gegenteil, man sei noch in der Lage gewesen, zu exportieren, was der deutschen Valuta wieder zugute kam, und wenn die noch auf 6—8 Monate Beschäftigung gewährenden Aufträge aufgearbeitet sind, werde man für mehrere 100 Mill. Mark veredelnerte Ware an das Ausland abgegeben haben, was unserer Mark sehr zustatten kommen werde."

Der Preissturz auf dem Häutemarkt.

Die am Mittwoch begonnene achte mitteldeutsche Zentralhäuteauktion in Leipzig war stark besucht. Es herrschte rege Kauflust. Die abgegebenen Gebote bewegten sich zwischen 13 und 16 Mark, also wesentlich unter den Preisen der vorausgegangenen Auktion; sie entsprechen aber den Erwartungen sowohl bei den Eignern als den Lederfabrikanten. Nach Ansicht des Fachkandels hat es den Anschein, als wenn das Häutegeschäft sich auf dieser Preisbasis einstellen wollte.

Im einzelnen ist zu berichten, daß auf der diesigen Auktion sowohl die in Kassel zurückgestellten örtlichen Februar-Gefälle (Großviehhäute und Roßhäute), als auch die Mär-Gefälle zur Versteigerung kamen. Am ersten Tage wurden versteigert 28 700 Stück Großviehhäute und 1070 Stück Roßhäute; die selben stammten aus Zwickau, Plauen, Dresden, Kassel, Leipzig, Chemnitz, Eisenach, Erfurt (Thüringer und Bayerisches Gefälle), Gotha, Mühlhausen-Thür., Nordhausen, Gera, Coburg, Halle a. S., Braunschweig, Magdeburg. Der Zuspruch von Interessenten war sehr rege und ging die Versteigerung ohne Störung vonstatten; die Gebote erfolgten in schnellem Tempo, auf Grund der vom Schutzverband der Häutevermittungen Mitteldeutschlands, G. m. b. H., in Kassel aufgestellten neuen Verkaufsbedingungen. Nach diesen erfolgt der Verkauf nur gegen Bezahlung, ohne Rabatt und Provision. Jeder Käufer hat ein Angeld zu zahlen, und zwar für jede Haut 50 Mark, für jedes Fell 10 Mark. Die erzielten Preise sind: für Häute ohne Kopf je nach Gewichtsklasse 12—16 Mark im Durchschnitt, einzelne besonders schöne Partien lösten 17 Mark, während geringere Qualitäten bis auf 11 Mark heruntergingen. Für Häute mit Kopf partierten die Gebote bzw. Zuschläge zwischen 15 Mk., 16,35 Mk. Am Donnerstag kommen außer Großviehhäuten etwa 103 000 Kleintierhäute und Felle, darunter 16 300 Wildwarenfelle zur Versteigerung.

WTB. Berlin, 29. April. In unserer Meldung aus Köln vom 27. 4. über die Häuteversteigerung in Düsseldorf ist infolge von Telegraphierfehler entstanden, als der Vergleichspreis für Ochsen-, Kuh- und Rinderhäute nicht 36,60 bei der Versteigerung am 8. 3., sondern 36,60 Mark betrug.

Neue englische Obligationen.

WTB. London, 29 April. Reuter. Unterhaus. Chamberlain kündigte an, die Regierung werde zur Verminderung der schwebenden Schuld am 3. Mai Obligationen auf 15 Jahre zum Parkurs ausgeben. Der Zinsfuß wird 5 Prozent betragen, darf aber während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach dem Zinsfuß der Schatzscheine um einen Betrag bis zu 2 Prozent vermehrt werden. Diese Maßnahme hat den Zweck, die Inhaber der Obligationen in Zeiten, zu denen der Zinsfuß auf kurzfristiges Geld hoch ist, gegen Wertverminderung zu schützen und gleichzeitig den Steuerzahler gegen die den hochverzinslichen Wertpapieren drohende Besteuerung zu sichern.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 29. April. Bei Eröffnung des Verkehrs zeigte die Börse im allgemeinen ziemlich festes Aussehen, wobei Kursbesserungen für die meisten Montan-, Farb-, Elektro- und Spezialwerte im Ausmaße bis zu 5 Prozent und für einige Werte, wie Argo, Rheinische Braunkohlen, Anilinaktien, Badische Anilin, Elberfelder Farben, Augsburg-Nürnberger Maschinen, Daimler und Bolandes Nähmaschinen teilweise weiterhin darüber eintreten. Auch Kolonial- und Valutawerte stellten sich zum Teil erheblich höher. Schiffahrtsaktien dagegen zeigten matte Haltung. Kurz nach Festsetzung der ersten Kurse und teilweise auch während dieser trat eine Abschwächung ein, die mit Glattstellungen für eine sich angeblich in Zahlungen begehrlichen befindende Konfektionsfirma in Verbindung gebracht wurde. Näheres war aber darüber nicht zu erfahren. Die Kurse senkten sich daher, und späterhin gaben sie namentlich am Montanmarkt zum Teil wieder nach. Der bestehenden hochgradigen Zurückhaltung entsprach auch die Geringfügigkeit des Geschäfts. Bankaktien brödelten nur unerheblich im Kursstande ab. Türkischer Tabak lag zeitweise um 50 Prozent gebessert. Der Rentenmarkt lag bei wenig veränderten Kursen wiederum recht still. Merkliner waren ungefähr behauptet. Ausländische Devisenpreise sind nur wenig verändert.

Devisenkurse.

Berlin 29. April.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	2102,75	2107,25	2117,75	2122,25
Brüssel-Antwerpen	367,10	367,90	364,60	366,40
Christiania	1108,75	1111,25	1118,75	1121,25
Kopenhagen	974,00	976,00	994,00	996,00
Stockholm	1218,75	1221,25	1238,75	1241,25
Helsingfors	289,70	29 ,30	314,65	315,35
Italien	254,70	255,30	249,75	250,25
London	221,75	222,25	223,25	223,75
New York	57,40	57,60	58,75	58,85
Paris	344,60	345,40	344,60	345,40
Schweiz	1021,25	1023,75	1038,75	1041,25
Spanien	974,00	976,00	994,00	996,00
Wien (alles Deutsch-Oest. abgest.	20,98	21,02	19,98	20,02
	27,47	27,53	28,47	28,53
Prag	89,40	99,60	91,65	91,85
Budapest	25,72	25,78	26,22	26,28
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 29. April. Am Hafermarkt ist das Geschäft infolge der Zurückhaltung sowohl der Abgeber als auch der Käufer im allgemeinen still gewesen. Nur für Lokotrage erfolgten größere Abschlüsse. In Hülsenfrüchten wird das Geschäft immer schwieriger. Die Provinz ist selbst bei größeren Verlusten zu Verkäufen bereit, doch sind dafür keine Gebote zu erlangen. Auch für Lupinen ist das Geschäft schwieriger geworden. Von Serradella ist nichts von Belang zu berichten.

Berlin, 29. April. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inländ. Hafer loko ab Speicher frei Wagen 3220 bis 3250, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestation 2940—2980.

WTB. London, 29. April. An der Wollauktion wurden heute 10 000 Ballen angeboten. In den besten Sorten wurden gute Preise erreicht. Geringe Sorten lagen schwach und wurden häufig aus dem Verkehr gezogen, da die von den Kauflustigen gebotenen Preise den Wünschen der Verkäufer nicht entsprachen.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken. Der Dividendenvorschlag lautet auf 30 Proz. (wie i. V.).

Automobilwerk Richard u. Hering A.-G. in Nonnebung. Für das sechste Geschäftsjahr gelangt eine Dividende von 10 Prozent (i. V. 10) zur Verteilung.

Porzellanfabrik Tettau, Akt.-Ges. (Oberfranken). Der Betriebsgewinn ist im letzten Geschäftsjahre auf 927 000 (i. V. 443 100) Mark gestiegen. Unkosten erforderten 535 400 (340 800) Mark. Die Abschreibungen wurden auf 244 000 (85 000) Mark erhöht. Aus dem Reingewinn einschließlich Vortrag von 150 000 (68 300) Mark ist bekanntlich mit 10 (6) Proz. die bisher höchste Dividende verteilt worden. Nach der Bilanz sind Debitoren auf 446 300 (240 200) Mark gestiegen, Kreditoren auf 189 900 (409 800) Mark zurückgegangen.

Preiserhöhung für Luxusporzellan. Die Luxusporzellanindustrie hat einen erneuten Aufschlag eintreten lassen, da die Löhne und die Rohmaterialienpreise gewaltig gestiegen sind. Das kommt, daß die forlbauende Schwierigkeit der Kohlenbeleiterung es unmöglich macht, den Betrieb einigermaßen auszunutzen, so daß der Versuch, durch eine rationelle Betriebsführung die Erhöhung der Kosten auszugleichen, fehlgeschlagen ist und auch in Zukunft Figuren und andere Kunstporzellane in größeren Mengen als bisher nicht hergestellt werden können.

Anmeldungen zum Harzbezug. Die Deutsche Harzgesellschaft in Berlin teilt mit, daß als endgültiger Termin für die Anmeldung zum Harzbezug aus der deutschen Harzgewinnung 1920 der 15. Mai festgesetzt worden ist. Spätere Bestellungen können keine Berücksichtigung finden.

Elbtalgerbäuse, A.-G., in Dresden. Nach Absetzung von 27 608 (i. V. 9663) Mark Kursverlust und 52 500 (51 000) Mark sonstigen Abschreibungen kann die Verwaltung 5 (i. V. 6) Proz. Dividende in Vorschlag bringen.

Vereinigte Elbschiffahrtsgesellschaften, A.-G. in Dresden. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluß und die Kapitalserhöhung um 1½ Millionen Vorzugsaktien auf 12,6 Millionen Mark. Begründet wurde die Maßnahme damit, daß gerade für die Schiffahrtsgesellschaften die Gefahr einer Ueberfremdung sehr naheliegend sei. Das das neue Jahr anbeziehst, so sind die Betriebsergebnisse bisher recht befriedigend, doch läßt sich die weitere Entwicklung nicht beurteilen. Ueber die in letzter Zeit an den Börsen im Umlauf befindlichen Gerüchte über eine Zusammenlegung mit der Hamburg-Amerika-Linie wurde nicht gesprochen. Bemerkenswert war, daß an Stelle der verstorbenen Herren Arthur Pinto in Brünn und Direktor Guido Wolff von der Hamburg-Amerika-Linie eine Neuwahl nicht vorgenommen wurde.

Berliner Börse

vom 29. April 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	300,00
4½ / Disch. Schatzsch. VI—IX	76,10	Chem. Heyden	441,00
5% Dtsch. Reichsanl.	76,75	Consolidation Schalk	46,00
4% " "	76,00	Cröllwitzer Papierfbk	—
3½% " "	67,60	Daimler Motoren	284,00
3% " "	74,50	Deutsche Luxemburg	323,00
4% Preuß. Konsols.	75,90	Deutsche Ueberseeelektr.	1080,00
3½% " "	63,80	Deutsche Erdöl	725,00
3% " "	60,10	Deutsche Gasglühl.	5100,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	99,25	Deutsche Kali	448,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Deutsche Waffen und Mun.	405,50
4% Sächs. Neulandsch. Pfdbl.	98,00	Donnersmarckhütte	340,00
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	101,50	Döring & Lehrmann	142,75
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 191	103,00	Dürrkoppwerk	329,00
4½% Dess. Gas Oblig	—	Engelhardt-Brauerei	250,00
4½ Dessauer Gas Obl.	96,50	Elberfelder Farben	425,00
Ausländ. Werte:		Felten & Guilleaume	478,00
4% Oesterr. Kronenrente	31,25	Gasmotoren Deutz	199,00
4% Unger. Goldrente	63,75	Gebhard & Co.	—
4% Unger. Kronenrente	35,10	Gebhard & König	280,50
Eisenbahn-Aktien:		Gelsenkirchen Berg.	308,50
Halberst.-Blankenh.	—	Glauziger Zuckerfbk	550,50
Halle-Hettstedter	—	Hallesche Maschfbk.	43,00
Schantungbahn	800,00	Hann. Masch.	349,00
Allg. Lokal-Str.	125,75	Harpener Berg	295,50
Gr. Berl. Str.	138,25	Hesper Eisen	525,00
Magdeburger Str.-B.	146,00	Hirsch Kupfer	312,00
Prinz-Heinrich-B.	560,00	Höchster Farbwerke	333,00
Orientbahn	227,00	Hoesch Eisen u. Stahl	339,00
Schiffahrts-Aktien:		Hohenlohe Werke	159,00
Hambg. Paketfahrt	195,25	Humboldt Masch.	299,50
Hambg. Südamerika	272,50	Ilse Bergbau	452,00
Hansa-Dampfschiff.	384,00	Kahla Porzellan	45,00
Nordd. Lloyd	157,25	Kaliw. Aschersleben	395,00
Bank-Aktien:		Körbisd. Zucker-Akt.	321,25
Bank f. Thür.	161,00	Kyffhäuserhütte	215,00
Berl. Handelsges.	200,00	Lahmeyer & Co.	195,00
Commerz-Diskontobank	192,50	Lauchhammer	345,00
Darmstädter Bank	158,00	Laurahütte	260,00
Dessauische Landesbank	—	Linke & Hofmann	47,00
Deutsche Bank	367,50	Ludwig Loewe & Co.	304,00
Diskonto-Comm.	217,50	Löthringer Hütte	287,00
Dresdner Bank	185,75	Mannesmannröhren	408,00
Leipzig. Credit-Anst.	176,75	Masch.-Fabr. Buckau	210,50
Mitteld. Kreditbank	156,50	Oberschl. Eisenb.-Bd.	290,00
Mitteld. Privatbank	185,50	do. Caro Hag.	275,00
Nationalbank	150,00	do. Hakswerke	355,00
Oesterr. Kredit	99,75	Orenstein & Koppel	289,00
Reichsbank	156,00	Phönix Berg	425,00
Industrie-Aktien:		Rhein. Metall-Vorz.	297,00
Schultheiss-Brauerei	210,00	Rhein. Stahlwerken	324,00
Akt. f. Anilin	374,50	Riebeck. Monten	340,00
Allgem. Elektr. Ges.	330,50	Rombacher Hütten	291,00
Ammendorfer Papierfabrik	—	Rositzer Brauk.	315,00
Anhalter Kohlenw.	265,00	Rositzer Zucker	317,00
Annaberger Steingut	322,00	Sangerhäuser Masch.	420,00
Badische Anilin	50,25	Hugo Schneider A.-G.	335,00
Bergmann Elekt. Akt.	232,00	Schuckert & Co.	192,00
Berl. Masch.-Bau	329,75	Siemens & Halske	365,00
Bismarckhütte	385,00	Stettiner Chem.	316,00
Bochumer Gußstahl	330,00	Stettiner Vulkan	275,00
Chem.-Fabr. Buckau	255,25	Stollberger Zinkh.	265,00
		Strals. Spielkarten	300,00
		Thale-Eisenhütte	416,00
		Tritzlis Porzellan	275,00
		Türk. Tabakregie	910,00
		Ver. Köln-Rottweiler	290,50
		Ver. Glanzstoff	—
		Wegelin & Hübner	190,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	745,00
		Wittener Gußstahl	100,00
		Wrede Mälzerei	139,50
		Zeitzer Masch.	463,00
		Zellstoff Waldhof	292,25
		Otavi-Minen	935,00

Tendenz: still

Leipziger Börse.

Leipzig, den 29. April 1920.

Hellesche Zucker-Raffinerie	238,00
Leipziger Metallebrik, Schkeuditz	130,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	170,00
Mansfelder Gewerkschaft	4350,00
Portland, Zementfabrik Halle	147,50
Prehlitzer Braunkohlen	1050,00
Priorit.	1250,00
	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: J. V.: Eugen Brinkmann; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann, für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger, für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Dieter. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200430018/fragment/page=0004